

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Berbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 1/2
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebührenersendung auf Postch. Nr. 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsst. Freitag

Tariffbewegungen in der Lederwarenindustrie.

Mit Ende April sind befanntlich im ganzen Reich in vielen Industrien und Gewerben die bisher bestehenden Rahmenverträge neben den Lohnabkommen abgelaufen. Angesichts der latenten wirtschaftlichen Depression und der gesamten Lage drängen die Arbeitgeber und ihre Organisationen auf weitere Verschlechterung der tariflichen Positionen und Löhne. Die Vertreter der reaktionärsten Schattierungen wollen am liebsten keinerlei tarifliche Abmachungen mehr, um die Arbeitsbedingungen einfach diktieren zu können. Mehrfach haben sich Arbeitgeberverbände aufgelöst, um den beabsichtigten Zweck, jeder vertraglichen Bindung für die nächste Zeit aus dem Wege zu gehen, zu erreichen. Dazu tritt die Begleiterscheinung der lang andauernden Krise, indem viele Betriebe stillgelegt werden und so in manchem Tarifgebiet die bisherige Beschäftigungszahl stark reduziert wurde, was wiederum dem Abschluss eines Vertrages sehr hinderlich sein kann. Dies alles wirkt zusammen, um die Gewerkschaften bei Neuabschluss von Verträgen vor harte Aufgaben zu stellen. Und doch müssen sie in Angriff genommen werden, und das Streben nach Vertragsabschluss zur Erhaltung der bisherigen Ertragsverhältnisse muß dabei im Vordergrund stehen.

Auch im Bereich der Wirksamkeit unseres Verbandes, soweit die Betreuung unserer Bräuden in Betracht kommt, liegen die Verhältnisse analog wie geschildert. Nach den gegebenen Umständen harren eine Reihe von Verträgen auf Neuabschluss. In der Lederwarenindustrie ist durch Kündigung der Vertrag im Offenbacher Gebiet mit dem 30. April abgelaufen. Die Änderungen, die die Unternehmer beantragten, sind im wesentlichen auf eine Verminderung des materiellen Inhalts des Vertrages abgestellt.

Die Arbeitgeber begründen ihre Forderungen mit den stark veränderten Verhältnissen, die besonders in letzter Zeit in der Offenbacher Lederwarenindustrie Platz gegriffen haben und verweisen dabei unter anderem auf die Zollmaßnahmen wichtiger Exportländer, durch welche die Ausfuhr deutscher Lederwaren stark eingeschränkt wurde. Ein Abbau der bisherigen Tarifpositionen müsse erfolgen, denn die bedrückte Lage der Industrie erfordere dies. Zunächst seien die Ferien nur nach der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit zu vergüten. Bei Kurzarbeit im Betrieb könne deshalb nur eine anteilmäßige Bezahlung der Ferien erfolgen. Die Ferien für Heimarbeiter seien zu streichen, weil jede Kontrolle, ob diese auch tatsächlich genommen werden, fehlt. Auch könne die durch die Feiertage ausfallende Zeit bei Vor- und Nacharbeit nicht mit Ueberstundenzuschlag bezahlt werden. Der Zuschlag für Ueberstunden sei gleichfalls abzubauen; an Stelle der bisherigen 25 Proz. sollen 10 Proz. bezahlt werden. Die Bezahlung der Feiertage, wie Weihnachten, Neujahr, der Ostermontag und Pfingstmontag müsse fallen. Wert legen die Arbeitgeber auch darauf, daß die Heimarbeit als wesentlicher Bestandteil der Lederwarenindustrie ohne jede Einschränkung durch vertragliche Bestimmungen bleibe, damit die Konkurrenzfähigkeit nicht unterbunden wird. Eine Verringerung des Höchstalters für die beiden ältesten Arbeiterkategorien von 22 auf 23 Jahre und von 20 bis 23 Jahre wurde gleichfalls verlangt. Die Vergütungssätze der Lehrlinge sollten herabgesetzt werden.

Im Vordergrund unserer Forderung stand der Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Woche. Ferner verlangten wir eine präzise Fassung der Ferienbestimmungen, sowie die Verbesserung des Lohnschlüssels bei einzelnen Kategorien. Bei Vergütung von Heimarbeit sollte die im früheren Vertrag vorhandene Fassung wieder in den neuen Ver-

trag aufgenommen werden. Außerdem sollte eine Bestimmung im Vertrag Aufnahme finden, wonach die arbeitgebende Firma für die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen bei Auftragserteilung in die hausgewerblichen Betriebe haftet. Auf die Mitwirkung der Betriebsvertreter bei Anordnung von Ueberstunden könne man nicht verzichten. Neben diesen erwähnten Forderungen wurde unerwartet im allgemeinen auf die Erhaltung der bisherigen Vertragsbestimmungen bestanden. Die Vorverhandlungen mit der Arbeitgebervereinigung und vor dem Schlichtungsausschuß im April hatten bei der Aussprache im Gegenlag zu früheren Jahren eine Einigung in einzelnen Punkten zur Folge. Diese bezogen sich auf das Höchstalter, indem es bei 22 Jahren und 20 bis 22 Jahren bleibt. Außerdem soll der bisherige Lohnschlüssel im neuen Vertrag Aufnahme finden. Desgleichen bleibt es bei der bestehenden Ortsklasseneinteilung. Die Vergütungssätze für Lehrlinge sollen in der alten Höhe weiterbezahlt werden. Ueber die Hauptpunkte wie Ferien, Feiertagsbezahlung, Heimarbeiterbestimmung und dergleichen mehr konnte eine Einigung jedoch nicht erzielt werden. Die vierzig-Stunden-Woche lehnten die Arbeitgeber ab indem sie erklärten, daß genügend Kurzarbeit in den Betrieben im Verlauf des Jahres geleistet wird. Unser Argument, bei Aufträgen Neueinstellungen vorzunehmen unter Einhaltung der 40stündigen Arbeitszeit sowie für die Heimarbeiter nur 40 Stunden Arbeit herauszugeben, fand kein Echo.

Der Schlichtungsausschuß Offenbach hat nunmehr einen Schiedsspruch gefällt, der im wesentlichen den bisherigen Mantelvertrag bestehen läßt. Jedoch wurden die Heimarbeiterferien gestrichen und man begründet die Streichung damit, daß diese Ferien eine wesentliche Belastung für die Arbeitgeber bedeuten und absolut keine Kontrollmöglichkeit darüber gegeben ist, daß die den Heimarbeitern gewährten Ferien von diesen auch tatsächlich genommen und nicht zu anderweitiger Erwerbstätigkeit benutzt werden. Hinsichtlich der Eingangsstelle sollen die beiden Zusätze zu § 10 Ziffer 2 Ausnahme finden, wonach eine endgültige Entscheidung durch Stimmenmehrheit erfolgen soll. Bei Richtzustandkommen einer Mehrheitsbildung können die Parteien die gesetzlichen Instanzen anrufen. Die Akkordspanne soll, wie dies nach dem letzten Lohnschiedsspruch festgelegt wurde, auch weiterhin bestehen bleiben. Der Vertrag soll bis 30. April 1933 gelten. Dieser Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Auf Antrag ist inzwischen die Verbindlichkeit des Schiedsspruches vom Schlichter erklärt worden.

Der Württembergischer Lederwarenvertrag ist gleichfalls mit dem 30. April erloschen. Befanntlich hat sich die Organisation der Arbeitgeber schon im Oktober des vergangenen Jahres aufgelöst. Eine Interessenvertretung der Arbeitgeber für die gesamte Lederwarenindustrie in diesem Bezirk besteht nicht mehr. Nennenswerte Betriebe mit mehreren Beschäftigten, die Lederwaren wie Sportartikel oder Damengürtel herstellen, sind nur noch vereinzelt vorhanden. Dazu kommen einige kleine Portefeuillebetriebe, die jedoch zur Zeit fast keine Beschäftigten haben. Nur die Kofferindustrie ist in Stuttgart und Umgebung durch mehrere Betriebe mit starker Belegschaft vertreten, aber auch hier wie anderwärts ist die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen. Mangels Organisation auf Seiten der Arbeitgeber haben verschiedene Firmennetretter der Kofferindustrie und einige Interessenten in Bayern zwecks Abschluss eines Rahmenvertrages in der zweiten Maiwoche mit unseren Vertretern verhandelt und ist der Vertrag mit Ausnahme des Lohnschlüssels zum Abschluß reif.

Der Tarif soll Geltung haben für die Kofferindustrie in Bayern und Württemberg. In Bayern dürfte deshalb neben dem Lederwarentarif der Kofferindustrievertrag für Betriebe, die fabrikmäßig Koffer herstellen, Eingang finden.

Der Lederwarenvertrag für Leipzig-Westfachsen, der gleichfalls durch Kündigung mit dem 30. April abgelaufen war, hat bisher irgendwelche Veränderung nicht erfahren. Die Vertragsparteien kamen überein, den Vertrag bis einschließlich 30. Juni dieses Jahres zu verlängern. Der Ortsvertrag für die Lederwarenbetriebe in Mainz hat zunächst gleichfalls eine Verlängerung erfahren. Sobald die Verhandlungen in den noch aufstehenden Bezirken abgeschlossen sind, wird eine allgemeine Ueberlicht über den Stand der Verträge in der Lederwarenindustrie gegeben werden.

Umkehr, Herr Stegerwald!

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate hat mit eindringlicher Deutlichkeit gezeigt, daß durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Krise verschärft worden ist. Durch den Lohnabbau ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen und die wirtschaftlichen Zusammenbrüche haben sich vermehrt. Was die Gewerkschaften vorausgesehen haben, ist eingetroffen. Die den Arbeitern aufgewungene Hungertur hat die Krisenlage nicht entspannt. Von den Voraussetzungen der Reichsregierung ist nichts eingetreten. Nirgendwo zeigt sich eine Verbesserung, überall aber Verschlechterungen, wodurch natürlich die Verbitterung der breiten Masse neue Nahrung erhält. Das Ergebnis der vertriebenen Lohnpolitik erfordert gebieterisch die Umkehr, die Löhne dürfen unter keinen Umständen noch mehr gesenkt werden. Die Wünsche der Unternehmer, die überhaupt nie zu befriedigen sind, müssen entschiedene Ablehnung finden. Es geht nicht, daß die Arbeiterschaft noch tiefer ins Elend gestürzt wird.

Aber im Reichsarbeitsministerium scheint diese Einsicht immer noch nicht eingeklebt zu sein. Seit Stegerwald dort regiert, finden die Unternehmerwünsche im Reichsarbeitsministerium ein weitgehendes Entgegenkommen. Der Reichsarbeitsminister scheint die verhängnisvollen Folgen seiner Lohnpolitik noch immer nicht zu überblicken. In einem Artikel „Was soll mit den Löhnen geschehen?“ in der Monatschrift „Wege zur Arbeit“ vertritt Stegerwald die Auffassung, daß die Löhne in einzelnen Betrieben noch mehr gesenkt werden müssen. Stegerwald will zwar keinen allgemeinen Lohnabbau, er läßt aber die Möglichkeit dazu offen. „Wenn ich auch eine nochmalige allgemeine Lohnsenkung für nicht geboten halte, im Gegenteil das Vertrauen und die feste Absicht habe, den jetzigen Lohnstand festzuhalten, so enthält die wirtschaftliche und politische Lage doch so viel Unsicherheiten, daß man sich auf alle Möglichkeiten einstellen sollte.“

Stegerwald muß in seinem Artikel zugeben, daß die Löhne stärker gesunken sind als die Preise. „Der Kaufkraftverlust, den die Löhne durch die Vierte Notverordnung erlitten haben, ist durch die Preislenkungsaktion keineswegs voll ausgeglichen.“ Anstatt daraus nun den Schluß zu ziehen, was der Reichsfanzler im übrigen auch zugesagt hat, weitere Lohnsenkungen zu unterbinden, spricht Stegerwald von einem weiteren Lohnabbau „überhöhter Löhne“. Wenn ich einen besseren Ausgleich der Löhne fordere, so denke ich nicht an schematische Gleichmacherei. Selbstverständlich sind Lohnunterschiede je nach den verschiedenen Anordnungen und Möglichkeiten der einzelnen Erwerbszweige berechtigt. Aber auch bei weitgehender Berücksichtigung dieser Besonderheiten wird man zugeben müssen, daß die Löhne in einzelnen, hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien zu hoch sind.“

Das hätte Herr Stegerwald nicht aussprechen sollen. Darauf haben die Unternehmer gewartet. Ihre Anträge zum Ablauf der Tarifverträge sind entsprechend abgelehnt. Es gibt überhaupt keine Unternehmergruppe, die nicht die Behauptung aufstellt, daß die Löhne in ihrem Gewerbe zu hoch sind. Das sollte auch der Arbeitsminister wissen. Der Sinn aller Unternehmerlohnanträge läuft darauf hinaus, den Beweis für die Überhöhung der Löhne zu bringen. Selbst die Textilfabrikanten sind darin nicht verlegen, obgleich die Löhne der Textilarbeiter kaum noch unterboten werden können. Die im April und Mai durchgeführten Tarifverhandlungen haben deutlich gezeigt, daß die Unternehmer weitere Lohnsenkungen für erforderlich halten. Wir haben etwas anderes von den Unternehmern nicht erwartet, da wir aus Erfahrung wissen, daß ihnen auch der niedrigste Lohnsatz noch zu hoch ist. Der Arbeitsminister aber sollte doch einen anderen Standpunkt einnehmen. Er hat den Unternehmern das Stichwort von den überhöhten Löhnen geliefert, es wird bei den Tarifverhandlungen gegen die Arbeiterschaft ausgemünzt.

Ein Blick in die Unternehmerpresse genügt, um sich davon zu überzeugen, daß den Scharfmachern der Abbau der Löhne auf den Stand von 1927 noch lange nicht genügt. Sie verlangen mehr. Die Schwerindustrie, „Bergwerks-Zeitung“ geht sogar soweit, den Lohnstand von 1924 für die gegenwärtige Zeit noch für zu hoch zu erklären. Derartige Unverschämlichkeiten können kaum noch überboten werden. Die Regierung Brünning hat die Unternehmer mit ihrem Lohnabbau auf den Geschmack geholt, jetzt kann ihr Appetit nicht mehr gestillt werden. So erklärt die „Bergwerks-Zeitung“: „Alles, was bisher von Reichs wegen in Sachen der Wirtschaft geschah, ist nichts anderes als ein Scheues Herumgehen um den heikelsten, aber wichtigsten Punkt, die Lohnfrage. Seit der Lohn nicht mehr als das angehen wird, was er ist, leidet er politisch geworden ist, geht es abwärts, zeigt sich die Not, und doch gibt es nichts, was mehr wirtschaftsreal ist, als gerade der Lohn. Von hier aus haben sich denn auch alle Krankheiten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens entwickelt. Der entartete Lohn ist zur Krebskrankheit der Wirtschaft geworden.“ Diese Kreise, das zeigt diese Auslassung, wird der Reichsarbeitsminister nicht zufriedenstellen, und wenn er die Löhne auf den Stand von 1924 senkt.

Umkehr ist daher geboten. Der Lohnabbau hat die Kaufkraft der Arbeiter geschwächt, der eingeschlagene Weg hat sich als falsch erwiesen. Kein Aufstieg, sondern Rückgang ist eingetreten. Die Beschäftigungsmöglichkeiten haben sich seit Erlaß der Notverordnung noch mehr verringert und das Heer der Arbeitslosen ist gestiegen. Die Notverordnung hat schreitend durch die Gassen und drängt nach Entladung. Man soll den Bogen nicht überspannen und die hungernden Massen nicht zur Verzweiflung treiben. Die Folgen davon sind unabsehbar. Die Gewerkschaften haben auf dem Krisenkonferenz Wege gewiesen, die schnell beschritten werden müssen. Mit dem Lohnabbau ist die Krise nicht zu lösen, das hat die bisherige Entwicklung gezeigt. Von dem Reichsarbeitsminister verlangen wir, daß er jetzt Umkehr hält und den Weg der Umkehr beschreitet. So geht es auf jeden Fall nicht, daß nach dem allgemeinen Lohnabbau jetzt über die sogenannten „überhöhten Löhne“ der Lohnabbau noch weiter betrieben wird. Die Grenze ist erreicht, mehr läßt sich nicht ertragen.

Mitglied und Verband.

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verbands zu sein. Tausend Verbandsbücher bedeuten tausend angeglichene Menschen. Aber tausend angeglichene Menschen, das bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Energien jedes einzelnen ab. Tausend Menschen, dem Verbands zugehörig, doch jeder ohne starkes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der tausend ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußt gewerkschaftlicher Mensch: und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl tausend erblüht.

Das Ganze hat den einzelnen zur Voraussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermensch. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Oft werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so sagen die Gegner, sei etwas Undefinierbares, Kernloses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft.

Und Persönlichkeit, so meinen manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzelnung.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeiten sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lebensmoment nur in der Gemeinschaft.

Was der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualist, der Einzelmann mit selbstischem Denken. Er war der Mensch,

„Geldlose Hilfswirtschaft“.

Unter diesem Stichwort laßt der Reichsbankpräsident Luther seine Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, die er in einer Denkschrift niederlegte, zusammen. Es soll sich um zusätzliche Arbeitsgelegenheit und zusätzliche Beschäftigung handeln. Geldlos soll die Hilfswirtschaft nach Luther aufgebaut werden, in dem Sinne, daß zu ihrem Ausbau wenig neues Kapital verwendet werden soll.

Diese Lösung ist im Hinblick auf die Grenzen, die der Kreditverweigerung gesetzt sind, erforderlich. Sie ist auch möglich, da es sich darum handelt, unausgenützte Anlagen und Betriebe zu beschäftigen, brachliegende Arbeitskräfte in Arbeit zu bringen, was in der privaten Wirtschaft wegen der Absatzwierigkeiten nicht erfolgen kann. Die richtige Auswahl der Arbeiten bei der Arbeitsbeschaffung, in erster Linie die Durchführung öffentlicher Arbeiten soll den Erlaß für die fehlenden Absatzmöglichkeiten bieten. Dieser Gedanke stammt nicht von Luther, sondern wurde stets von den freien Gewerkschaften vertreten. Zur Durchführung der hilfswirtschaftlichen Pläne soll der freiwillige Arbeitsdienst stärker als bisher und in anderer Gestalt herangezogen werden. Auch die Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes liegt in der Richtung unserer Bestrebungen.

Von all diesen Plänen der Arbeitsbeschaffung muß jedoch gefordert werden, daß sie: keinem zur Zeit beschäftigten Arbeiter die Arbeit entziehen, kein Element des Zwanges enthalten, keine Beeinträchtigung der Lohnbildung, vor allem des Tariflohns zur Folge haben, keine Geschenke an die private Wirtschaft darstellen, und nicht auf Kosten der Bauarbeit gehen, deren Ausschaltung die bereits unerträgliche Lage des Bauarbeitsmarktes weiter verschlechtern würde.

Prüft man nun die Vorschläge Luthers an diesen Maßstäben, so gibt es darunter solche, denen wir zustimmen können, um so mehr, da sie mit unseren alten Forderungen zusammenfallen, und andere, gegen die wir Bedenken haben müssen, aber auch solche, die wir aufs schärfste ablehnen.

Luthers Vorschläge ziehen heran den von Professor Leberer entwickelten Plan der Beschäftigung der Erwerbslosen zur Herstellung von Konsumgütern in Betrieben, die heute stillgelegt sind oder nicht ausgefüllt werden, berast, daß die in diesen Betrieben hergestellten Waren den in jenen Betrieben Beschäftigten und anderen Erwerbslosen unentgeltlich verteilt werden sollen. Dieser Plan, dessen Verwirklichung durchaus zu begrüßen wäre, wird in Luthers Vorschlägen in einer Weise ergänzt, der ebenfalls unseren Wünschen entspricht, daß nämlich die Produktionsmittel und Konsumgüter (Geräte, Bekleidungsartikel) für jene Arbeiter, die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms — bei Straßenbau, Rekolonisation usw. — beschäftigt werden, von den Erwerbslosen im Rahmen der erwähnten Selbsthilfeproduktion hergestellt werden sollen. Die Geldausgaben, die bei dieser Produktion erwachsen, werden auch von Luther auf etwa ein Drittel der normalen Produktionskosten geschätzt. Man kann auch den Finanzierungsanschlägen Luthers zustimmen, der die Entschädigung für die Abnutzung der Betriebsanlagen, wie auch viele andere Kosten der Hilfsproduktion (z. B. Holz, Reichsbahnwagen) mit

Reichsstaatszuschüssen bezahlen, und allein die Zahlungen für Rohstoffe und ähnliche Aufwendungen in bar leisten will.

Sehr bedenklich ist dagegen, daß Luthers Plan das Hauptgewicht auf die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung legt. Es gibt eine ganze Anzahl von volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten, die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms durchgeführt werden können und eine Wertsteigerung des gesamten Produktionsapparates bewirken würden. Die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlungen mit staatlicher Unterstützung ist, soweit es die Finanzmittel des Staates erlauben, wohl am Platze. Die Schaffung von Siedlungen ist aber völlig ungeeignet, den Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes an diesen zu verwirklichen. Die Siedlungen stellen privatwirtschaftliche Betriebe dar, deren Errichtung ebenso in den Rahmen der gewöhnlichen Wirtschaftstätigkeit und der Geldwirtschaft fallen muß, wie die Herstellung anderer Privatbetriebe in Industrie oder Gewerbe. Die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf dieses Gebiet würde nicht allein die von der Krise am härtesten betroffenen Bauarbeiter schädigen, sondern überhaupt eine starke Gefährdung des Tariflohnes bedeuten. Gegen die Gefahr des Einbruchs in den Tariflohn muß aber um so mehr protestiert werden, da die weitere Schwächung der Massenkaufkraft ungleich mehr Schaden anrichten als die vermehrte Beschäftigung im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes und die Erstellung einer größeren Anzahl von Siedlungen nützen würde. Aufschärfte muß protestiert werden gegen jene Teile des Lutherischen Arbeitsbeschaffungsplans, die den Lohn in der übrigen Wirtschaft gefährden und vor allem gegen Anordnungen, die in der Richtung einer gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht oder öffentlichen Leistungspflicht (Sand- und Spanndiensten) liegen. Für den Erfolg der hier geschilderten Pläne wird es daher darauf ankommen, daß deren gesunde Teile mit aller Energie verwirklicht, die unzumutbaren und die gefährlichen dagegen schonungslos ausgemerzt werden.

Arbeitszeit und Löhne in der Möbelindustrie in Nordamerika.

Eine vom Amt für Arbeitsstatistik vorgenommene Untersuchung über die Arbeitszeit und die Löhne in der Möbelindustrie im Jahre 1931 zeigt, daß die Arbeitszeit und die Löhne im Vergleich zum Jahre 1929 gefallen sind.

Die Untersuchung erstreckt sich auf 30 659 Arbeiter, die in 249 wichtigen Unternehmen in 17 Staaten beschäftigt sind. Diese Unternehmen sind die gleichen, auf die sich die Untersuchung im Jahre 1929 bezog.

Im Jahre 1931 belief sich die normale Arbeitszeit auf 51,8 Stunden wöchentlich, also auf 1/10 Stunden weniger als die Durchschnittsarbeitszeit im Jahre 1929. Die durchschnittlichen Stundenlöhne beliefen sich auf 41,1 Cent. Sie lagen somit um 7,9 Proz. unter dem Satz von 1929. Die normalen Wochenlöhne betragen 21,29 Dollar, d. h. 4,14 Dollar weniger als im Jahre 1929.

wie ihn die bisherige ökonomische Entwicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder reichte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigen, freiem, gemeinschaftlichem Wollen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft braucht. Den freien und brüderlichen Menschen, den Menschen, der Persönlichkeit und Bruder ist.

Und der bedeutsame Prophet dieses neuen Menschentums war zu Beginn des sozialen Jahrhunderts Goethe, der auch in dieser Beziehung vom Gegner zu Unrecht in Anspruch genommen wird. Wir könnten es bei den Goethe-Feiern erleben: die goetheliche „Persönlichkeit“ wurde als bürgerliches Bildungsideal hingestellt.

Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der persönliche Mensch der Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit. Der Mensch, der nicht nach links sieht und nicht nach rechts, nicht nach Nutzen und Schaden. Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der Mensch, der nichts anderem lebt als der Idee.

Der Idee leben! Unentwegt! Von der Idee getragen sein, wo man auch ist, was man auch treibt, in allem. Selbst die Idee sein!

Ist es anders möglich, als daß sich ein Mensch sich mit Gleichgesinnten verbunden fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Das in ihm Gemeinschaft und Persönlichkeit eines ist?

Bisher herrschten Interessen im Leben. Es gab keine bindende stiltliche Kraft. Durch die Wirtschaft

ordnung war die Welt zerrissen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Verschwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlichkeit sein.

Das aber ist das Große des Menschentums, daß da mit unserem Wirtschaftsdenken heraufsteigt aus der Zeit, daß Mensch und Menschen sich finden, daß die Idee uns ein, daß ein Ziel der Wahrheit jeden zum freien und fröhlichen Kämpfer macht, der es geradezu als Bedürfnis empfindet, sich den Brüdern dieser Idee zu schenken, mit ihnen zusammenzustehen und ein freier unter Gleichen, ein Bruder unter Freien zu sein.

Und darin ist die ungeheure historische Kraft des gewerkschaftlichen Kampfes begründet. Die Ethik der Geschichte ringt in ihm. Er bindet mit seiner Wirtschaftsgestaltung den stiltlichen Sinn, zu dem die Entwicklung drängte durch alle Jahrhunderte.

Kampf dem Selbstlichen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstliches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Brüder in Freiheit! Als Mitglied zugleich kämpfender Mensch! Mitgliedschaft erfüllt von Energien des Glaubens und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom heiligen Feuer der Idee!

Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschentum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe aus Millionen Herzen freudig geschenkt! Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes einzelnen, so wie die Gewerkschaftsbewegung zu solchem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschentum jedes Mitglieds schöpft.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Köln a. Rh. In zwei Versammlungen, am 15. März und am 3. Mai, behandelte Genosse Agrenoff der Fünfjahresplan in Russland. Einleitend gab der Redner eine Schilderung des Kulturlandes der russischen Bevölkerung. Bis zum Jahre 1864 befand sich die Leibeigenschaft. 40 bis 50 Millionen russischer Landarbeiter hatten kein Land und durften nicht einmal über die eigene Person verfügen. Dies war der Boden, auf dem die russische Revolution entstand. Die Zwischenregierung wollte das russische Volk auf dem Wege der Demokratie einer besseren Zukunft entgegenführen. Als das vom Volk gewählte Parlament zusammentrat, schickten es die jetzigen Inhaber der Macht wieder nach Hause und es begann die Diktatur.

Mattrosenaufstand, Streiks und Hungersnot zwangen im Jahre 1921 die Regierung, den Bauern wirtschaftlich entgegenzukommen. Im Jahre 1923 mußte Trotski, der zur Linkspopposition gehörte, gehen, seine Politik wurde weitergemacht. Dem russischen Volk, das in sehr großer Not steckt, soll aus politischen Gründen entgegengeführt werden, daß etwas geschieht. In fünf Jahren sollen aus dem Volke 160 Milliarden Mark Neukapital herausgeholt werden. Noch 1929 betrug das Pro-Kopf-Einkommen in Russland ein Viertel des Pro-Kopf-Einkommens in Deutschland, und hieraus sollen die gewaltigen Summen gepreßt werden. Das russische Volk leidet schwer unter dieser Politik. Selbst bürgerliche Nationalökonomien erklären, die Kapitalisten könnten von Russland in puncto Ausbeutung der Arbeitskraft etwas lernen.

Eingehend beschäftigte sich der Referent mit der Erfüllung des Fünfjahresplans. Nicht in allen Teilen der Wirtschaft wird der Fünfjahresplan erfüllt. In der Klein-Elektroindustrie, Maschinenbau und Zementindustrie wird er erfüllt; teilweise sogar überschritten. Nicht erfüllt wird er in der Schwerindustrie, Kohlenindustrie und im Kohlenbergbau. Dieses teilweise Nichterfüllen bedingt Stockungen im ganzen Betriebe. Es tritt Mangel an Rohmaterial ein. Auch bedingt das übertriebene Arbeiten eine schlechte Qualität der Produkte. In diesem Punkt wird sehr viel gekündigt in den Betrieben. Die Kosten der schlechten Qualität hat das russische Volk zu tragen. Auch das Dumping auf dem Weltmarkt ist eine weitere Belastung des russischen Volkes.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Referent mit der Kaufkraft des russischen Rubels. In Russland werden die Löhne erhöht, schreiben die kommunistischen Zeitungen. Das ist nur insoweit richtig, als der Nominallohn steigt, nicht der Reallohn. Die Lebenshaltungskosten werden immer höher. Die Kaufkraft des Rubels sinkt. Nur dadurch, daß immer mehr Familienmitglieder in den Produktionsprozess eingereicht werden, ist es einem Teil der russischen Familien möglich, den Lebensstandard zu halten.

Auch mit der Reklamemeldung der kommunistischen Zeitungen, daß es in Russland keine Erwerbslosen gibt, beschäftigte sich der Referent und zog Vergleiche zwischen dem aufbauenden Russland und dem überationalisierten Deutschland.

In puncto Lohnhöhe hat man das starre System des gleichen Lohnes verlassen. Der Lohn der russischen Arbeiter bewegt sich zwischen 40 bis 300 Rubel pro Monat, je nach Leistung.

Die Preise für die Bedarfartikel sind ebenfalls nicht einheitlich. In dem Konsum, wo es die Waren auf Karten gibt, sind die Waren am billigsten. Hier gibt es auch nicht die besten Qualitäten der Ware. Auch ist die Konzentration sehr niedrig. Der Arbeiter ist zu 35 bis 40 Proz. auf den freien Markt angewiesen, wo er die Waren sehr teuer bezahlen muß. Die Preise sind für die Hindernisbedingenden nicht zu erschwingen. In den staatlichen Kommerzhandeln sind die Preise 20 Proz. billiger als im freien Handel. In den Kommerzhandeln kommen nur bessere Waren zum Verkauf, die der russische Arbeiter nicht kaufen kann. Wenn mit Baluta bezahlt wird, werden die Waren zum Weltmarktpreis verkauft. Bei der Verteilung der Waren werden Unterschiede gemacht. Derjenige, der in der Bezahlung im Betrieb bevorzugt wird, wird auch bei der Verteilung der Waren bevorzugt. Er braucht sich nicht anzustellen und zu warten, bis er an der Reihe ist.

In den Betrieben sind nur wenige von der Arbeiterchaft, die leisten können, was verlangt wird. Der sogenannte progressive Alford reizt die noch nicht abgearbeiteten Arbeiter zur Höchstleistung an. Je höher die Leistung, desto mehr gibt es für das einzelne Stück. Auch besteht in den Betrieben ein richtiges Antreiberystem. Daß hierbei auch die Unfälle weiter steigen, ist verständlich.

Sehr schlecht sind die Wohnungsverhältnisse bestellt. Man legt vor allem Wert auf die schnellste Erbauung großer Werke, die technisch erstklassig ausgerüstet sind. Der Wohnungsbau kommt erst an zweiter Stelle.

33 Proz. aller Arbeitnehmer sind Frauen. Sogar im Bergbau wird die Frau unter Tag beschäftigt.

Der Referent konnte keine Ausführungen immer wieder mit Zahlen belegen und stützte sich auf Berichte aus russischen Zeitungen.

Er stellte die Frage, warum der russische Arbeiter sich nicht gegen dieses System wende? In den deutschen kommunistischen Zeitungen kann man lesen, der russische Arbeiter sei bewußtlos. Das stimmt nicht, er ist waffenlos. Die Parteizelle, der rote Direktor und der Betriebsrat arbeiten hand in Hand. Gegen dieses Dreieck gibt es kein Aufheben. Die russischen Gewerkschaften dürfen nicht so auftreten, wie es das Interesse der Arbeiterchaft verlangt. Sie haben vor allem die Interessen des Betriebes zu vertreten.

Zum Schluß betonte der Referent, daß der Fünfjahresplan nicht gleichzeitig die Industrie fördern und das Lebensniveau der Arbeiterchaft heben kann. Russland sei ein Agrarstaat und werde ein Agrarstaat bleiben.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Honerlamp und Köhler.

Dem Referent war es ein Leichtes, die Einwände der beiden Diskussionsredner zu zerstreuen. Stalin reiche mit seinem Wissen weder an Lenin noch an Trotski heran. Stalin ist ein Durchschnittsmensch mit einer starken Willenskraft. In Russland besteht nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur der kommunistischen Partei. Nicht die Diktatur wird das Proletariat von seinen Fesseln befreien, sondern die Demokratie. Nur ein einiges Proletariat wird sich von den Fesseln des Kapitalismus und der Unterdrückung befreien.

Starker Beifall belohnte den Referenten für seine interessanten Ausführungen.

E. Sch. Liegnitz. Monatsverammlung am 17. Mai. Kollege Klose erstattete Bericht von den beiden Ortsauschussführungen. Zum Kandidaten für den Verbandstag wurde Kollege Paul Baumgart vorgeschlagen. In seinem Vortrag über „Politische Tagesfragen“ schilderte unter Geleit, der Kollege Paul Gehring, die Ursachen unserer Wirtschaftsdepression und der ganzen Weltkrise. Nicht die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sind schuld, wie das die Unternehmer und die Nationalsozialisten bei den letzten Wahlen und auch heute noch dem Volke vorschwindeln, sondern die Abschichtung der Völker voneinander. Der auf die Treiberereien der Unternehmer durchgeführte Lohnabbau und die Rotverordnungen der Reichsregierung droffen die Wirtschaft immer weiter ab. Die Zersplitterung der Arbeiterchaft durch die Treiberereien der KPD und der SWP. haben ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß die deutsche Arbeiterchaft der falschtischen Gefahr nicht erfolgreicher begegnen kann. Die anschließende Aussprache ließ erkennen, daß die Ausführungen des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen sind und daß mancher Kollege wieder zuversichtlicher gestimmt wurde. Der Vorsitzende, Kollege Klose, dankte dem Kollegen Gehring für seine Ausführungen und ermahnte die Kollegen, noch fest zum Verband zu stehen als bisher. Vor allem gelte es, dem Verbandsleben wieder größeres Interesse abzugewinnen und die Launen und Absichtstrebenden wieder der Organisation zuzuführen. W. Müller.

Unser Verbandstag 1932.

In Nr. 20 unseres Fachorgans wird in einem Artikel offiziell die Linie ausgedrückt, in welcher Richtung unser Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet für die nächsten Monate liegt. Damit beginnt der Zeitpunkt der theoretischen Auseinandersetzungen über die vergangenen letzten drei Jahre und über das Gepräge, das unser Verbandsleben in der Zukunft erhalten soll. Die Auffassung, die vereinzelt in Kollegenkreisen vorhanden ist, ob es denn überhaupt zweckmäßig sei, bei diesen verworrenen, unklaren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen den Verbandstag abzuhalten, ob man ihn nicht lieber auf eine Zeit vertagen soll, wo eine gewisse Klärung der Lage herbeigeführt sei und wo vielleicht bessere finanzielle Verhältnisse herrschen, muß unter allen Umständen als stark pessimistisch abgelehnt werden. Die Gewerkschaften sind von der Offensive in die Defensive gedrängt worden, müssen einen nervenaufreibenden Stellungskrieg führen, den sie bis jetzt mehr oder weniger erfolgreich bestanden haben. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß der Kampfwillie und die Kampfkraft der Arbeiter gebrochen wird. Mehr als je ist es notwendig, der Kollegenchaft neuen Mut und Glauben an ihre eigene Kraft zu geben, und ist es nicht der Verbandstag, welcher fördernd und richtunggebend wirken kann? Erfreulicherweise hat der Hauptvorstand nach allen Erwägungen beschlossen, den Verbandstag einzuberufen, um damit zu beweisen, daß er mit dazu beitragen will, die Resignation in unseren eigenen Reihen zu bekämpfen und die Voraussetzungen zu schaffen, das unwürdige Leben, welches ein großer Teil unserer Kollegenchaft führen muß, zu beenden.

Nun zu den eigentlichen Aufgaben des Verbandstages. Kurz formuliert stehen drei Fragen zur Debatte: 1. Lohnpolitische Fragen, 2. Finanzfragen, 3. Organisationsfragen.

Es ist zu begrüßen, daß in dem eingangs erwähnten Artikel in der Hauptblatte Finanzfragen behandelt werden. Der Verfasser des Artikels in Nr. 20 dürfte wohl in der Person unseres Finanzministers zu suchen sein. (Kollege Dpig irrt hier. Der Artikel ist Redaktionsarbeit. Kollege Nibel wird bei Stellung der Anträge zum Verbandstag noch mit konkreten Vorschlägen aufwarten. D. Red.) Das vorgebrachte Zahlenmaterial, die Entwicklung unserer Organisation, insbesondere in den letzten Jahren, zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß Änderungen eintreten müssen, die vielleicht von sehr einschneidender Bedeutung für uns sind, um den Illusionspotitieren der Gewerkschaftsfeinde aller Schattierungen nachdrücklich zu beweisen, daß ihr Jubeln über den Bankrott der freien Gewerkschaften zu früh war. Von der Einnahmeseite her kann wohl nichts erwartet werden, eher glaube ich das Gegenteil. In Erwägung könnte die Invalidentversicherung gezogen werden, die scheinbar gefährdet ist, und ob es nicht zweckmäßig ist, den Erwerbslosen zu gestatten, Invalidentbeiträge zu bezahlen, sofern sie in der Lage dazu sind. Vielleicht würde dieses auch dazu beitragen, daß die Bindung an die Organisation dadurch fester würde. Bei der Invalidentversicherung ist aber auch noch eine Frage unbedingt zu berücksichtigen, nämlich die, ob es richtig ist, daß die weiblichen Kollegen Beiträge zur Invalidentversicherung abführen müssen, wo doch wohl feststeht, daß in 99 von 100 Fällen für sie eine Gewährung von Invalidentrente gar nicht in Frage kommt. Die Praxis zeigt, daß aus diesem Grunde die Gewinnung von Kolleginnen sehr schwer ist. Nun zum Problem der Erwerbslosen. Was muß geschehen, um sie der Organisation zu erhalten? Lassen wir einmal Zahlen sprechen. Bei einer Statistik in Leipzig am 15. Januar 1932 wurden insgesamt 1170 erwerbslose Berufscollegen gezählt, davon erhielten 515 männliche und 53 weibliche, also 568 Personen, Fürsorgeunterstützung, außerdem 100 Personen überhaupt nichts. Also 668 Personen in unserem Berufe haben nicht soviel, um sich zu füttern, geschweige daß sie Mittel übrig haben für ihre Berufsorganisation. Daraus haben wir Schlussfolgerungen zu ziehen, und der Verbandstag hat hier die Aufgabe, den richtigen Weg zu finden. Es muß möglich sein, daß den Fürsorgeempfängern eine Anerkennungsmarkte aus Mitteln der Organisation geklebt wird, also mit andern Worten, wie früher, schwarze Markten.

Die Beitragsfrage muß auch gründlich überprüft werden, insbesondere bei Kurzarbeitern. Der Ruf der Mitgliedschaft nach dem Friedensprinzip, wieder einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen, erhält immer mehr Berechtigung. Insbesondere müssen mehr Beitragsklassen eingeführt werden, um ein Überzeichnen zu vermeiden. Als letztes zur Finanzfrage obliegt es dem Verbandstag eingehend Erhebungen anzustellen, inwieweit der Verwaltungsapparat den Verhältnissen anzupassen ist. Hier haben die Delegierten von den Russij ausgiebig Gebrauch zu machen. Gleiche Interessen verbinden Mitgliedschaft und angestellte Kollegen, und in der Not haben wir Schicksalsverbundenheit zu zeigen.

Zur Organisationsfrage möchte ich im Rahmen dieses Artikels auf die Verschmelzungsfrage hinweisen. Nach den letzten Berichten ist zunächst auf zwei Jahre Ruhe. Das bis jetzt erzielte Ergebnis zwischen den Spitzen der drei in Frage kommenden Verbände wird die Mitgliedschaft auf den Plan rufen, um ihrerseits dazu Stellung zu nehmen. Nur andeutungsweise soll heute gelagt werden, daß der Verschmelzungsgebände von den Tapezierern und von den in der Fahrzeugbranche tätigen Kollegen aufgezogen werden muß. Wir erinnern an die Auseinandersetzungen vor 12 Jahren, nämlich ob nicht berufsverwandt eine große Organisation neben uns besteht, der Holzarbeiter-Verband. Wir Tapezierer und Fahrzeugcollegen werden die zweijährige Ruhepause benutzen, um eingehend das Für und Wider einer Verschmelzungsfrage zu erörtern. Eine Verschmelzung mit den Schuhmachern und Lederarbeitern kann meiner Auffassung nach für Tapezierer nicht in Frage kommen. Nun noch einige Worte zur lohnpolitischen Frage. Eine erfolgreiche Lohnpolitik kann natürlich in erster Linie nur getrieben werden, wenn finanziell und organisatorisch die Grundlage geschaffen ist. Daß hier für uns ein großes Betätigungsfeld vorhanden ist, steht wohl außer Zweifel. Die Wessfälle der verschiedenen Färbung haben aus Wunderdoktoren unserer Zeit schon zu viel Unheil angerichtet. Selbst in die Köpfe der Arbeiter hat die Rattenfängermelodie Eingang gefunden, daß an aller Rot, an allem Elend die Gewerkschaften schuld sind. Hier hat ebenfalls der Verbandstag die Aufgabe, geeignete Mittel zu empfehlen, die notwendig sind, um der beispiellosen Verleumdung ein Ende zu bereiten. Lehrlingsfragen, Jugendfragen, Arbeitszeit und Lohnfragen bedürfen eingehender Beratung durch den Verbandstag. Zeigen wir uns all den Aufgaben gewachsen, dann werden auch wir in der Lage sein, das verlorene Terrain wiederzuerobern und vorzustoßen. Wenn diese Fellen mit dazu beitragen, Anregungen für den Verbandstag zu geben, so haben sie ihren Zweck erfüllt. Erich Dpig, Leipzig.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Dresden. Durch Spruch des Schlichtungsausschusses Dresden wurde der Normallohn eines Gehilfen über 22 Jahre auf 92 Pf. festgelegt. Das Lohnabkommen gilt vom 6. Mai bis 31. Oktober 1932.

Treibriemenbranche.

Reußlingen und Pfullingen. Mit den an diesen Orten befindlichen Betrieben wurde eine Lohnvereinbarung getroffen, nach der der Lohn ab 12. Mai auf 78 Pf. festgelegt wird. Ab 1. Juli 1932 beträgt der Tariflohn 76 Pf. Das Abkommen ist kündbar zum 20. Oktober 1932.

Südwestdeutsche Möbelmesse vom 18. bis 21. September 1932 in Frankfurt a. M.

Die Südwestdeutsche Möbelmesse, die im Einvernehmen mit den Spitzen- und Bezirksverbänden der Möbelindustrie und des Möbelhandels veranstaltet wird, findet auch in diesem Jahre in der Festhalle und im anschließenden Teil des Hauses der Moden statt und weist bereits heute eine gute Besichtigung auf. Erste Firmen der Möbelindustrie haben Stände belegt, so daß diese Veranstaltung nicht nur ein zahlenmäßig bedeutende, sondern auch eine Qualitätschau zu werden verspricht.

Abrechnung für das 1. Quartal 1932.

Einnahmen der Hauptkasse:	
Bestand vom 4. Quartal 1931	16 049,55 M.
Einnahmen der Verwaltungsstellen	35 496,52 "
Von der Bank erhoben	114 092,38 "
Zinsen	10 859,49 "
Abonnenten	965,42 "
Invalidentfonds erhoben	3 773,00 "
Sonstige Einnahmen	80,00 "
Summa:	181 316,36 M.

Ausgaben der Hauptkasse:	
Agitation	5 245,12 M.
Zeitungen	8 864,60 "
Verwaltungskosten (persönliche)	6 754,24 "
Verwaltungskosten (sachliche)	2 342,01 "
Lohnbewegungen	4 511,30 "
Streikunterstützung	504,60 "
Sonstige Unterstützung	536,31 "
Gewerkschaftsbund	1 129,35 "
Gehälter der Angestellten	22 641,75 "
Unterstützungskasse	2 255,89 "
Zurückgezahlte Abonnements	854,80 "
Bank eingezahlt	39 780,49 "
Konferenzen	8,80 "
Invalidentfonds	1 378,— "
Zuschuß an die Verwaltungsstellen	83 856,85 "
Sonstige Ausgaben	354,75 "
Bestand am 31. März 1932	297,50 "
Summa:	181 316,36 M.

Unterstützung für Rechnung der Hauptkasse:	
Reiseunterstützung	26,90 M.
Arbeitslosenunterstützung	104 844,87 "
Krankenunterstützung	16 192,15 "
Berufungsbefehle	4 010,— "
Invalidentunterstützung	16 750,35 "
Summa:	141 824,27 M.

Einnahmen der Lokalkassen:	
Bestand am 1. Januar 1932	217 963,92 M.
Prozente der Wochenbeiträge	12 593,26 "
Lokale Beitragszuschläge	13 361,40 "
Erwerbslosenmarken	6 515,15 "
Zinsen	5 908,42 "
Sonstige Einnahmen	3 408,36 "
Summa:	259 750,51 M.

Ausgaben der Lokalkassen:	
Unterstützungskasse	50,93 M.
Agitation	2 927,61 "
Entschädigung der Ortsverwaltungen	8 139,15 "
Sonstige Entschädigungen	2 671,96 "
Sigungsgeld	2 233,04 "
Miete und dergleichen	6 963,43 "
Bürorenten	2 358,45 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	3 820,75 "
Bibliothekszwecke	730,40 "
Konferenzen	180,90 "
Beitragsmarken an Erwerbslose	9 250,05 "
Lohnbewegungen	392,65 "
Streikunterstützung und Rechtschutz	358,08 "
Lokale Notfall- und sonstige Unterstützung	6 387,46 "
Zuwendungen an andere Organisationen	601,43 "
Bestand am 31. März 1932	212 884,22 "
Summa:	259 750,51 M.

Verbindlichkeitsklärung.

Der Offenbacher Lederwarenvortrag für verbindlich erklärt.

In der mündlichen Verhandlung über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Offenbach vom 4. Mai 1932, der in der Manteltarifstiftung erlassen ist, kam eine Einigung nicht zustande. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Ablehnung der Arbeitgeberseite weniger wegen des Inhalts des vorgeschlagenen Vertrages als vielmehr deshalb erfolgte, weil die Arbeitgeberseite grundsätzlich der Auffassung ist, den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen im vertragslosen Zustand besser begegnen zu können. Bei der heutigen Rechtslage kann aber dieser Auffassung nicht beigetreten werden. Es ergeht daher über den Antrag folgende

Entscheidung:

Dem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Offenbach vom 4. Mai 1932 wird entsprochen und hiermit der einstimmige Schiedspruch gemäß § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt. Von der Verbindlichkeitsklärung ausgenommen ist der § 10 über die Schiedsstellenordnung. Hierüber liegt ja eine Vereinbarung der Parteien vor.

Gemäß § 25 Abs. 4 der II. Verordnung zur Ausführung der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 29. Dezember 1923 ist diese Entscheidung endgültig. gez. Dr. Kimmich. Der Abschluß gilt bis zum 30. April 1933.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Theodor Leipart 65 Jahre. Am 17. Mai wurde der Führer der deutschen Gewerkschaften, Genosse Th. Leipart, 65 Jahre alt. Drei Drittel dieses langen Lebens hat Leipart als unermüdlicher Kämpfer für die deutsche Arbeiterbewegung in den ersten Reihen gestanden. Anfangs der neunziger Jahre Führer der Drehschleiferbewegung, wurde er 1893 zum zweiten Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes gewählt. Von 1908 ab war er Vorsitzender der Holzarbeiter, 1919 wurde er Arbeitsminister im Württemberg und im Jahre 1921 an Stelle des verstorbenen Carl Legien Leiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es soll hier nicht unsere Aufgabe sein, die Lebensgeschichte Leiparts zu schreiben, steht er doch in voller Arbeitskraft an der Spitze unserer Bewegung. Wir gratulieren dem Führer zu seinem 65. Geburtstag und wünschen, daß er der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch recht lange erhalten bleibe.

13. Verbandstag der Schornsteinfeger. Am den Pfingstfeiertagen fand in Berlin die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schornsteinfegergehilfen Deutschlands statt. Diese Tagung war zugleich verbunden mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes. Derselbe zählt nur etwas über 3000 Mitglieder, umfaßt jedoch den größten Teil der organisationsfähigen Berufsangehörigen. Die wirtschaftliche Grundlage für die Arbeits- und Lohnverhältnisse bildet ein Reichstarif und zahlreiche Einzelabkommen. Die beiden Vorsitzenden erstatteten den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Organisationsleitung. Ferner berichteten der Kassierer und der Redakteur. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Fragen des Berufsnachwuchses sowie der Zwangspensionierung der älteren Meister zwecks Arbeitsbeschaffung für die arbeitslosen Schornsteinfegergehilfen. Weiter einige andere innenorganisatorische Fragen. Anträge auf Beitragsherabsetzung wurden abgelehnt. Ein von der Ortsgruppe Frankfurt a. D. gestellter Antrag auf Austritt aus dem DGB. wurde gegen drei Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen in Dresden. Der Verband der Gastwirtsgehilfen in Dresden tagte am 9. Mai d. J. nach Dresden ein. Die Wirtschaftskrise traf das Gastwirtsgerwerbe besonders schwer. Trotzdem hat sich der Verband, wie aus dem Jahresbericht für 1931 zu ersehen ist, sehr gut gehalten. Am Schluß des Jahres 1931 bestanden noch 141 Tarifverträge für 36 796 Betriebe mit 201 472 Beschäftigten. In einer Entschließung wandte sich der Verbandstag gegen den Versuch der Reichsregierung, die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen einzuführen. Genosse Fröh Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, hielt einen Vortrag über „Die wirtschaftliche und politische Lage und die Arbeiterchaft“. Der internationale Sekretär Ströhlinger schilderte die Bedeutung des Internationalen Arbeitsamts. In einer Entschließung forderte er Befreiung des Trinktanksystems und das Verbot jedweder privaten Arbeitsvermittlung. Einige Anträge betreffend Änderung des Unterstützungsreglements wurden nach den Vor-

schlägen der eingesetzten Kommission erledigt. Die Wahl der Hauptverwaltung ergab bei geheimer Abstimmung die einstimmige Wiederwahl der gesamten bisherigen Verbandsleitung.

15 Jahre Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Anfang Mai 1917 erließ Genosse Erich Ruttner, der, selbst Kriegsbeschädigter, an den Folgen einer schweren Schußverletzung litt, durch die Presse eine Einladung zur Gründungsverammlung eines Kriegsbeschädigtenbundes. Am 23. Mai 1917 wurde das erste Programm des Reichsbundes beraten und beschlossen. Bereits im April 1918 hätte der Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in rund 300 Ortsgruppen über 25 000 Mitglieder.

Nach Kriegsende lebte eine stürmische Aufwärtsentwicklung ein. Dem Verlangen der Kriegerhinterbliebenen, sich dem Reichsbund anschließen zu dürfen, wurde gern entsprochen.

Auf dem Würzburger Bundestag im Mai 1920 wurde das neue Programm der Organisation der Kriegsopter, die nimmehr Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hieß, beschlossen. Parteipolitische und religiöse Neutralität und das klare Bekenntnis zur Weimarer Reichsverfassung haben den Aufstieg des Reichsbundes wesentlich gefördert. Heute umfaßt derselbe über 400 000 Mitglieder in nahezu 6000 Ortsgruppen. Der Reichsbund ist somit die größte Kriegsopterorganisation Deutschlands und findet daher bei den Regierungsstellen, in den Parlamenten und in der breiten Öffentlichkeit allgemeine Beachtung. Das Wirken des Reichsbundes geht dahin, die Versorgungsgesetzgebung, die staatliche Fürsorge und das gesamte Gebiet der Sozialpolitik zu beeinflussen, und bis zum heutigen Tage hat der Bund im entschiedenen Abwehrkampf gegen die Verschlechterung der Versorgung und Fürsorge gestanden. Darüber hinaus waren die tausende Funktionäre dieser Organisation als Rechtsberater ihrer Kameraden und als amtliche Beisitzer bei den Versorgungsgerichten und Fürsorgestellen um eine soziale und gerechte Auslegung des gültigen Rechts bemüht.

Der Reichsbund hat sich eigene soziale Einrichtungen geschaffen. Seit Jahren verpflegt er auf Kosten der Bundestasse Hunderte von Kindern nach Erholungsheimen. Im bayerischen Allgäu besitzt der Bund ein eigenes Erholungsheim für seine Mitglieder. Die Sterbefallunterstützungseinrichtung hat sich als besonders leistungsfähig erwiesen. Die im Herbst 1924 begründete Reichsbundkriegerfiedlung konnte bisher rund 2000 Wohnungen erstellen, vorbildlich in ihrer Einrichtung und in den Mietfähigen den Einkommen der Mieter angepaßt.

Der Reichsbund hat am Geburtstag seines 15jährigen Bestehens gezeigt, daß eine Vereinigung körperlich schwer beeinträchtigter, feilsch mitleidender und wirtschaftlich bedrängter Kriegsopter viel Gutes wirken kann.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Dom 23. Mai bis 29. Mai ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundsundzwanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Brandenburg a. d. H.

Name	Beruf	Eingetret.
Stedel, Wilhelm	Tapezierer	23. 4. 1907
Dröhler, Philipp	Tapezierer	4. 6. 1907

Uchtung! Berichtsarbeiten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Mai 1932 sind bis spätestens zum 5. Juni an die Hauptverwaltung einzuliefern. Sichtung ist Sonnabend, der 26. Mai 1932.

Verammlungskalender

Dresden. Mittwoch, den 1. Juni, 18 1/2 Uhr, im Volkshaus, Neue Gasse, Mitgliederversammlung. Der bevorstehende Verbandstag und eventuelle Anträge hierzu. Kandidatenaufstellung. Die Ortsverwaltung erwartet vollständigen Besuch.

Köln. Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Saal 1 und 2, eine Werbestunde unserer Jugendgruppe statt. Das Programm des Abends ist sehr abwechslungsreich. Der Abend verspricht recht unterhaltend und schön zu werden. Eintritt frei. Kein Trinktzwang. Das Erscheinen aller Mitglieder mit ihren Angehörigen erwartet die Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.